

Anfrage der LAbg. KO Claudia Gamon MSc (WU und LAbg. Fabienne Lackner, NEOS

Herrn Landeshauptmann Mag. Markus Wallner
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 01.04.2025

Anfrage gem. § 54 der GO des Vorarlberger Landtages: Nach der Auflösung des Beteiligungsbüros: Wie steht es um die Zukunft der Jugend- und Bürgerbeteiligung in Vorarlberg?

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann,

mit der überraschenden Auflösung des Büros für Freiwilliges Engagement und Beteiligung (FEB), das seit den 1990er-Jahren als Umweltinformationsdienst und später als Büro für Zukunftsfragen Pionierarbeit für Bürger:innen-Beteiligung geleistet hat, wird eine zentrale Anlaufstelle für zivilgesellschaftliches Engagement in der Landesverwaltung aufgelöst.¹ Diese Einrichtung war maßgeblich in den Bereichen Bürgerbeteiligung, Förderung des Ehrenamts sowie des Kinder- und Jugendengagements tätig. Gerade in Zeiten knapper Kassen sind Umstrukturierungen nachvollziehbar – umso wichtiger ist es, dabei den hohen Stellenwert der Demokratiekultur zu wahren.

In einer ersten Stellungnahme verspricht das Land, dass die entsprechenden Themen künftig in anderen Abteilungen „weiterverfolgt“ und Bürgerräte, die als Partizipationsmodell dienen, weiterhin stattfinden werden.² Es bleibt jedoch unklar, welche inhaltlichen und strukturellen Standards dabei aufrechterhalten werden und wer künftig für die Qualität, Organisation und Sichtbarkeit verantwortlich sein wird. Vor allem stellt sich die Frage, ob die Bevölkerung auch künftig als integraler Bestandteil politischer Entscheidungsprozesse betrachtet oder die Beteiligung auf eine rein verwaltungsinterne Übung reduziert werden wird. In Zeiten, in denen das Vertrauen in politische Institutionen schwindet, sind glaubwürdige und sichtbare Beteiligungsformate umso wichtiger, insbesondere für Schülerinnen und Schüler. Die Jugendpartizipation ist von zentraler Bedeutung, um junge Menschen aktiv in politische und gesellschaftliche Prozesse einzubinden. Projekte wie der Schülerinnenhaushalt zeigen, wie junge Menschen ihre Ideen und Bedürfnisse in die Entscheidungsfindung einbringen können, wodurch ihr Engagement und Vertrauen in demokratische Prozesse langfristig gestärkt wird.

Vor diesem Hintergrund stellen wir hiermit gemäß § 54 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgende

ANFRAGE

1. Welche konkreten Einsparungen sind durch die Auflösung des „Büros für Freiwilliges Engagement und Beteiligung“ (FEB) zu erwarten? Kann das Land eine Schätzung

¹ <https://vorarlberg.orf.at/stories/3298975/>

² <https://presse.vorarlberg.at/land/public/B-ro-f-r-Freiwilliges-Engagement-und-Beteiligung-vor-Neuausrichtung>

darüber abgeben, wie viel Geld durch die Umstrukturierung mittel- und langfristig eingespart wird?

2. Wie wird sichergestellt, dass die Bürgerbeteiligung nach der Auflösung des FEB weiterhin auf hohem Niveau erfolgt? Welche konkreten Maßnahmen sind geplant, um die partizipative Demokratie in Vorarlberg weiterhin zu unterstützen?
3. Welchen aktuellen Stand hat das Pilotprojekt „Schüler:innenhaushalt“ in Vorarlberg? Wie viele Schulen und Schüler:innen sind bisher beteiligt?
4. Welche Kennzahlen wurden für die Erfolgsmessung des Pilotprojektes „Schüler:innenhaushalt“ festgelegt und können erste Ergebnisse aufgezeigt werden?
5. Ist eine Ausrollung des Projekts "Schüler:innenhaushalt" geplant - wenn ja, bis wann?
6. Welche neuen Programme oder Initiativen plant das Land Vorarlberg, um die partizipative Demokratie speziell unter Jugendlichen zu stärken?
7. In mehreren Bundesländern wurde bereits ein Jugendlandtag eingeführt. Wie stehen Sie zu einer möglichen Einführung im Bundesland Vorarlberg?

Für die fristgerechte Beantwortung dieser Anfrage bedanken wir uns im Voraus!

Mit freundlichen Grüßen

LAbg. KO Claudia Gamon MSc (WU)

LAbg. Fabienne Lackner

Bregenz, am 22. April 2025

Frau LAbg. KO Claudia Gamon, MSc (WU und
Frau LAbg. Fabienne Lackner
NEOS Vorarlberg
im Wege der Landtagsdirektion
6900 Bregenz

Betrifft: Nach der Auflösung des Beteiligungsbüros: Wie steht es um die Zukunft der Jugend- und Bürgerbeteiligung in Vorarlberg?
Anfrage vom 01.04.2025, Zl. 29.01.055

Sehr geehrte Frau Klubobfrau,
sehr geehrte Frau Landtagsabgeordnete!

Ihre gemäß § 54 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages an mich gerichtete Landtagsanfrage beantworte ich wie folgt:

1. Welche konkreten Einsparungen sind durch die Auflösung des „Büros für Freiwilliges Engagement und Beteiligung“ (FEB) zu erwarten? Kann das Land eine Schätzung darüber abgeben, wie viel Geld durch die Umstrukturierung mittel- und langfristig eingespart wird?

Durch die organisatorische Neuausrichtung des FEB werden 2,28 Vollzeitäquivalente an Personalressourcen eingespart. Das laufende Budget 2025 ist derzeit in Überarbeitung, daher kann dazu noch keine Aussage getroffen werden.

2. Wie wird sichergestellt, dass die Bürgerbeteiligung nach der Auflösung des FEB weiterhin auf hohem Niveau erfolgt? Welche konkreten Maßnahmen sind geplant, um die partizipative Demokratie in Vorarlberg weiterhin zu unterstützen?

Unter den Vorzeichen der Konsolidierungsbestrebungen haben sich die Mitarbeitenden aus dem FEB im Team über einen Zeitraum von rund zwei Monaten mit der Neugestaltung und Themenverortung beschäftigt. Auf Basis einer umfassenden Aufgabenkritik wurden nicht nur Ressourcen freigespielt, sondern auch die vier zentralen Handlungsfelder – von der Förderung der

freiwillig Engagierten, den Agenden mit Kinder- und Jugendbezug, die Koordinierung nachhaltiger Entwicklungsprozesse bis hin zur Etablierung und Begleitung von Beteiligungsmodellen – bleiben erhalten.

Die Mitarbeitenden nehmen ihre Aufgaben entsprechend den Neuordnungen weiterhin wahr und auch die Kompetenzen im Bereich Beteiligung (analog und digital) sind gesichert. Synergieeffekte in und zwischen den Abteilungen werden aktiver genutzt und Bürgerräte als Partizipationsinstrument wird es weiterhin geben.

3. Welchen aktuellen Stand hat das Pilotprojekt „Schüler:innenhaushalt“ in Vorarlberg? Wie viele Schulen und Schüler:innen sind bisher beteiligt?

An jeder Schule bildet sich ein eigenes Planungsteam, das sich aus Schülerinnen und Schülern sowie begleitenden Lehr- bzw. Fachpersonen zusammensetzt. Dieses Team trägt die Verantwortung für die Umsetzung des Projekts und sorgt dafür, dass alle Schülerinnen und Schüler der Schule informiert und aktiv in den Prozess eingebunden werden.

Das Modell Schüler*innen-Haushalt wurde laut Auskunft des FEB im Schuljahr 2022/23 erstmals an zwei Pilotschulen in Vorarlberg erprobt. Aktuell wird das Projekt an acht Schulen umgesetzt (Mittelschulen Rankweil, Bludenz, Bezau, Feldkirch, Höchst, Ludesch, Rankweil und Gymnasium Riedenburg Bregenz).

4. Welche Kennzahlen wurden für die Erfolgsmessung des Pilotprojektes „Schüler:innenhaushalt“ festgelegt und können erste Ergebnisse aufgezeigt werden?

Das Pilotprojekt „Schüler*innen-Haushalte“ setzt bewusst auf enge Rückkopplungsschleifen mit den beteiligten Schulen und den Prozessbegleitenden. Eine zentrale Rolle spielt dabei das direkte Feedback, das im Rahmen von Gesprächen, Workshops und einer gemeinsamen Vernetzungsveranstaltung im November 2023 gesammelt wurde. Dabei hatten die Schülerinnen und Schüler der Pilotschulen die Möglichkeit, ihre Erfahrungen zu reflektieren und einzubringen – diese Rückmeldungen flossen anschließend in die Weiterentwicklung des Projekts ein. Die Wahlbeteiligung an den Pilotschulen von knapp 80 Prozent zeigt ein großes Interesse der Schülerinnen und Schüler, ebenso eine hohe Nachfrage bei der Projektausschreibung.

5. Ist eine Ausrollung des Projekts "Schüler:innenhaushalt" geplant - wenn ja, bis wann?

Gemäß dem Rahmenkonzept für Jugendbeteiligung ist eine schrittweise Ausweitung des Projekts vorgesehen und die nächste Ausschreibungsrunde findet im Mai 2025 statt. Dabei haben erneut bis zu fünf Schulen die Möglichkeit, das Projekt im Schuljahr 2025/26 umzusetzen.

6. Welche neuen Programme oder Initiativen plant das Land Vorarlberg, um die partizipative Demokratie speziell unter Jugendlichen zu stärken?

Das Land Vorarlberg verfolgt das Ziel, die Beteiligung von Jugendlichen an demokratischen Prozessen weiter zu stärken. Ein zentraler Bestandteil dieser Bemühungen ist die schrittweise Umsetzung der im Rahmenkonzept für landesweite Jugendbeteiligung vorgesehenen Maßnahmen, die die Bereiche Mitbestimmung, Konsultation und Information beinhalten.

7. In mehreren Bundesländern wurde bereits ein Jugendlandtag eingeführt. Wie stehen Sie zu einer möglichen Einführung im Bundesland Vorarlberg?

Im Rahmen der partizipativen Erarbeitung des „Rahmenkonzepts Jugendbeteiligung Landesweit“ wurde das Modell „Jugendlandtag“ als ungeeignet eingestuft. Stattdessen wurde auf Basis anerkannter Qualitätskriterien ein flexibles Beteiligungsmodell – das sogenannte „Vorarlberger Modell“ – entwickelt. Das Konzept wurde in enger Abstimmung mit den Jugendsprecherinnen und Jugendsprechern der Landtagsfraktionen erarbeitet und abgestimmt. Dieses ermöglicht es, je nach Anwendungsfall passende Methoden auszuwählen, die Jugendlichen echte Mitbestimmung eröffnen. Getragen wird dieses Modell vom Büro für Freiwilliges Engagement und Beteiligung (FEB), der Kinder- und Jugendanwaltschaft, dem aha Jugendinformationszentrum, Fachpersonen der Kinder- und Jugendbeteiligung sowie den jeweiligen Fachabteilungen des Landes, die für die inhaltlichen Themenstellungen verantwortlich sind. Details finden sich auf der Homepage des Landes Vorarlberg unter [Rahmenkonzept Jugendbeteiligung in Vorarlberg](#).

Mit freundlichen Grüßen